

Abschlussbericht Kurzfassung

Berlin wächst. Laut der aktuellen Prognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zufolge wird die Bevölkerung der Stadt in den nächsten zehn Jahren um mehr als 266.000 Menschen wachsen. Die zunehmende Verdichtung der Stadt führt zu einem Verteilungskampf um die Ressource Raum. Die soziale und kulturelle Infrastruktur darf dabei nicht vernachlässigt werden, wenn die Stadt Berlin ihre Bedeutung als Kulturmetropole in der Welt behalten möchte, denn "Kultur hat auch in der Zukunft den Stellenwert eines elementaren Lebenselixiers der Stadt."¹

Neben kulturellen Institutionen von Weltrang - wie den großen Opernhäusern, Museen, Orchestern und Theatern - ist Berlin vor allem auch für seine freien Szenen bekannt, wozu auch die Clubkultur gehört. Ähnlich wie in der Theaterszene gibt es große Häuser und kleine Häuser mit eher gefälligen oder anspruchsvolleren Programmen. Vor allem aber gibt es eine sehr vitale informelle Szene, aus der heraus die Produktionen entstehen. Aufgrund des Mangels an Räumen und Jahren des Clubsterbens drängt diese Szene zunehmend in den (öffentlichen) Freiraum und veranstaltet dort sogenannte *Free Open Airs* - "nichtkommerzielle Musikveranstaltungen unter freiem Himmel."²

Die Clubcommission bietet der Free Open Air Szene seit 2013 eine Plattform zum Austausch. Mit der Unterstützung der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und des Musicboards konnte nun im Jahr 2018 unter dem Titel "Model Space Projekt" erstmalig eine großangelegte wissenschaftliche Untersuchung der Rahmenbedingungen für Free Open Air Veranstalter*innen durchgeführt werden - ein erster Schritt in die richtige Richtung zur Erfüllung der Vorhabens der Regierungskoalition "die Entwicklung von Orten im öffentlichen Raum [...] unbürokratisch für nicht kommerzielle Musik- und Partyveranstaltungen unter freiem Himmel" zu entwickeln³.

Schlüsselergebnisse des Projekts:

1. Die in den 12 Bezirken Berlins gehandhabte Genehmigungspraxis ist komplex und für Antragsteller*innen (besonders junge Veranstalter*innen) schwierig zu verstehen. Eine Umfrage unter den aktiven Veranstalter*innen ergab, daß im Jahr 2018 weniger als die Hälfte der durchgeführten Veranstaltungen genehmigt war.

¹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
(<https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/strategie/BerlinStrategie.pdf>)

² Koalitionsvertrag Berlin 2016-21, 16.11.2016, S.123

³ ebd.

2. Um Konflikte, besonders bei den ungenehmigten Veranstaltungen zu vermeiden, nutzen befragte Veranstalter*Innen eine Reihe von "Good Practices". Diese Vorkehrungen scheinen zu helfen: Weniger als die Hälfte der ungenehmigten Veranstaltungen, die in diesem Projekt analysiert wurden, führten zu Beschwerden.
3. Das zentrale Hindernis für die Veranstalter*innen sind die unterschiedlichen Antragsverfahren für Genehmigungen in den 12 Berliner Bezirken. Erschwerend kommt hinzu, dass 82,5 % der öffentlich nutzbaren Grünflächen als *Geschützte Grünanlagen* gewidmet sind. Die rechtliche Analyse der Gesetzeslage hat gezeigt, dass das Grünanlagengesetz das Haupthindernis für die Genehmigung von nichtkommerziellen Musikveranstaltungen darstellt. Veranstaltungen sind nur in eng definierten Ausnahmefällen auf diesen Flächen genehmigungsfähig.
4. Die Untersuchung von 65 Grünflächen in vier Berliner Bezirken hat ergeben, dass die Qualität von Freiflächen hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für Musikveranstaltungen anhand von Parametern beurteilt werden kann, die in Zusammenarbeit mit Studierenden der TU Berlin erarbeitet wurden. Dafür erhielten die Studierenden den Preis von der TU für das Studierendenprojekt des Jahres 2018. Als Maßstäbe galten dabei zum einen die Vermeidung von Konflikten, zum anderen aber auch die Ansprüche der Szene.
5. Aus den Interviews mit den Zuständigen in den Verwaltungen geht hervor, dass es zwischen Verwaltung und der Free-Open-Air-Szene nur wenig Vertrauen gibt. Die im Rahmen des Model Space Projekt durch Studierende der HWR entwickelten Dokumente "Verhaltenskodex" und "Veranstaltervertrag" konnten in der Praxis noch nicht ausreichend getestet werden. Sie können aber die Grundlage eines besseren Arbeitsverhältnisses zwischen Verwaltung und Free Open Air Szene werden.